

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteht an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Zeile (Roffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 RM, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 RM; amtlich 1 mm
30 RM und 24 RM; Reklame 25 RM. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangswise Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung.
Bis 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrensdorf, Breinig, Hauswalde, Dorn, Oberleina, Niederleina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Sichtenberg, Kleinbitzmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 128

Mittwoch, den 4. Juni 1930

82. Jahrgang

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Der Juni

Der „Wonnemonat“ Mai ist, wie oft schon, so auch
in diesem Jahre tief in unserer Schuld geblieben. Hat er
uns auch das Blühen und Düften nicht rauben können, das
ihm von der Natur angeboren ist, so hat seine Regenflut
und Sonnenarmut, seine Kühle und Herbstigkeit uns ach so viel
vermissen lassen, was wir vom Frühlingsmonat Mai an
Maitensönheit und Frühlingspoesie erwarten können. Und
nun kommt im rasch fortschreitenden Ablauf des Jahres
schon der Juni, der zwar als Regenmonat vielfach gefürchtet,
in Wirklichkeit aber oft besser ist, wie sein Ruf. Er ist
schon ein rechter Sommermonat, führt er uns doch hinein
in die Tage der Rosen, hinein in pfingstlich prangende
Leppigkeit, hinein ins Gewoge der grünen Lehrenfelder,
hinein in einen immer länger werdenden Tag aber auch
schon hinan auf die Mittagshöhe des Jahres, auf der sich
der längste Tag und die kürzeste Nacht begegnen. Sonnen-
wendfeuer in die schweigende Sommernacht leuchten und
künden, daß nun mählich zwar, aber unaufhaltbar der Tag
wieder abwärts gleitet. Der Kalender hat in diesem Jahre
dem Juni eine besonders feilliche Note verliehen: das Pfingst-
fest ist dem Juni vorbehalten geblieben. Und während der Land-
mann in der Heuernte die erste große Mühe und zugleich Freude des
Wachs- und Erntejahres hat, während ringsumher die Rosen
leuchten und prunken, setzt stärker und stärker der Reisever-
kehr der Erholungsbedürftigen und Ferienwanderer ein,
Möchte der Juni, der so verheißend und reich zwischen
Frühling und Sommer steht, uns ein froher, lächelnder Weg-
genosse mit der Anmut des Frühlings und den beglückenden
Gaben erster Sommertage werden.

— Traurige Lage im sächsischen Baugewerbe. Die Lage im sächsischen Baugewerbe ist nach wie vor
traurig. Jetzt, auf dem Höhepunkt der Bauzeit, ist noch
fast jeder zweite Bauarbeiter erwerbslos, denn nach der
letzten Zählung vom vergangenen Montag waren noch 33 000
Bauarbeiter (gleich 37,6 Prozent) erwerbslos, gegen 48 Pro-
zent in der Vorwoche. Es ist mithin so gut wie keine
Besserung eingetreten.

— Höhere Verpflegungskosten für Festungs-
gefangene. Das sächsische Justizministerium hat für den
Unterhalt eines Festungsgefangenen in einem Gerichtsgefängnis
oder in einer Gefangenenanstalt zu erhebenden Satz auf
2,50 Mark täglich erhöht.

— Ubergangsgeld für Angestellte. Der
Reichsminister der Finanzen weist erneut darauf hin, daß
Angehöriger auf Grund eines Militärversorgungsgesetzes so-
wie die nach § 8 Abs. 3 des Altrentengesetzes in Höhe des
Beamteneinkommens gewährten Renten zu den laufenden
Versorgungsbezügen gehören, die nach § 2 Abs. 4 seines Er-
lasses vom 18. Mai 1926 auf das Ubergangsgeld anzurechnen
sind. Werden den ausgeschiedenen Angestellten, so heißt es
in dem Erlaß, laufende Bezüge oder laufende Unterstü-
tzungen aus Mitteln des Reiches, eines Landes oder einer sonstigen
Körperschaft des öffentlichen Rechts oder aus einer Ver-
sorgungsanstalt, zu die Reichsverwaltung einen Beitragsanteil
geleistet hat gezahlt, so erhält der Angestellte das errechnete
Ubergangsgeld insoweit, als die Versorgungsbezüge oder lau-
fenden Unterstü-
tzungen für den gleichen Zeitraum hinter dem
Ubergangsgeld zurückbleiben. Soweit bisher anders verfahren
ist, behält es dabei sein Bewenden.

Ramenz. Einbruch. In den frühen Morgen-
stunden des gestrigen Tages ist im Gasthaus zum Kron-
prinz, äußere Bauzner Straße, ein Einbruchdiebstahl verübt
worden. Nach Einsteigen in die Gaststube wurden gestohlen:
für 7-8 Mark 10-Pfg.-Stücke aus dem ausgebrochenen
Automaten des elektrischen Klaviers und aus einem ebenfalls
aufgebrochenen Tischkasten für etwa 6 Mark Wechselgeld, be-
stehend aus 10- und 5-Pfg.-Stücken und aus Kupfermünzen.
Weiter sind aus einem Gläserkasten entwendet worden:
100 Stück Hansom-Zigaretten, 30 Stück Atilla, 25 Stück
Ulmenried, 50 Stück Mariza, 40 Stück Confreia, 35 Stück
Rampes, 50 Stück Salem-Gold. Die Zigaretten befanden
sich zum Teil in 10er- und 25er-Packungen. In einem

Statt Uebersteuerung gerechte Lastenverteilung

Schluß mit der steuerlichen Bevorzugung öffentlicher Betriebe — Forderungen des Reichskartells
des selbständigen Mittelstandes

Die Beamten gegen das geplante Notopfer — Einigung über die Deckungsvorschläge
Vor einem Aufruf Hindenburgs?

Berlin. Das Reichskartell des selbständi-
gen Mittelstandes veranstaltete im Plenarsaal des
ehemaligen Herrenhauses eine von Fachverbandsvertretern
und Parlamentariern stark besuchte Kundgebung. Für den
Reichskanzler, der durch Erkrankung am Erscheinen ver-
hindert war, war Reichsjustizminister Dr. Dredt erschienen.
Der Versammlung lag eine Entschließung vor, in der es
u. a. heißt, daß die Verarmelien in der stärkeren Erfassung
der Großumsätze in der letzten Hand den ersten Anstoß zu
einem gerechten Lastenausgleich erblicken.

Die fortwährende steuerliche Ueberlastung des gewerb-
lichen Mittelstandes sei begleitet von ständig zunehmenden
Zusammenbrüchen mittelständiger Existenzen und wachsen-
dem Ausfall wertvoller Steuerkräfte, für die der Staat im
Großbetrieb keinen Ausgleich findet.

Die prozentual stärkere Beteiligung der Großumsätze an
dem Aufkommen der Umsatzsteuer als Sonderbelastung zu
deuten, könne nur als Steuerunwille der Betroffenen ge-
wertet werden. In der Entschließung heißt es weiter, die
verwerflichen Bestrebungen der Großumsätze, die erhöhte
Umsatzsteuer über ihre Lieferanten den Kleinbetrieben aufzu-
bürden, müsse durch geeignete Maßnahmen bekämpft und
verfolgt werden. Bei der beschleunigt durchzuführenden
Reichsfinanzreform fordere das Reichskartell aller-
größte Beachtung der Tatsache, daß in letzter Hand gleiche
Umsätze im Kleinbetrieb den mehrfachen Steuerertrag bringen
als im Großbetrieb. Die Erziehung aller Staatsbürger zu
der vom Mittelstand stets gezeigten Pflichttreue sei Vor-
bedingung einer finanzpolitischen Wiedergeburt. Als
oberste Grundsätze der kommenden Finanz-
reform seien zu fordern:

1. Drosselung der Ausgaben auf das Allernotwendigste,
2. Aufhebung jeder steuerlichen Bevorzugung öffentlicher und gemeinnütziger Betriebe,
3. gerechte Verteilung der Steuerlasten nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen,
4. Heranziehung der Großbetriebe für den durch ihre Entstehen verursachten Steueranfall,
5. Erweiterung des Kreises der an den finanziellen Bedürfnissen von Reich, Staat und Gemeinden steuerlich Beteiligten.

Einleitend richtete der Vorsitzende des Kartells, Bundes-
präsident Fickler, Worte der Begrüßung an die Versamm-
lung. Es gelte Handel, Handwerk und Gewerbe zu einer
starken Front zusammenzuschließen, um auch in steuerrechtlicher
Beziehung den Mittelstand zu schützen. Direktor Milos
schilderte den Ernst der gegenwärtigen Lage sowohl für den
Mittelstand wie für die Regierung und die gesetzgebenden
Körperschaften. An Stelle der Uebersteuerung müsse
eine gerechte Verteilung der öffentlichen
Lasten Platz greifen. Er warnte vor einer Ueber-
spannung des Sozialreformgedankens. Die Gefahr der
Kapitalabwanderung ins Ausland sei katastrophal
und werde augenscheinlich von der Regierung nicht richtig
erkannt. Besonders zu fordern sei der Abbau der Unkosten
für die Zentralverwaltung. In ausführlichem Referat be-
leuchtete Direktor König besonders die Frage der Umsatz-
steuer in ihrem Verhältnis zu den Mittelstandsbetrieben, den
Konsumvereinen und Warenhäusern.

Justizminister Dr. Dredt

überbrachte die Grüße der Regierung. Er betonte, daß man
im Kabinett nicht daran denke, die veredelte Umsatzsteuer
wieder abzuschaffen. Die jetzige Reichsregierung sei die
erste, die den Weg der Verwirklichung des § 164 der Reichs-
verfassung zum Schutze des Mittelstandes beschritten habe.
Sie werde diesen Weg auch weiter gehen. Die Großbetriebe
seien nach seiner Ansicht durchaus in der Lage, ohne Nachteil
diese veredelte Umsatzsteuer zu tragen. Es komme alles darauf
an, die Kreise zu stärken, die dem Deutschen Reich Steuer-
mittel zuführen. Minister Dredt kündigte dann noch Geset-
zentwürfe an, die das Zugabewesen und das Ausver-
kaufswesen treffen sollen. — Darauf nahmen Vertreter
der bürgerlichen Fraktionen des Reichstages und des Land-
tages zu kurzen Ausführungen das Wort.

Die Beamten gegen das geplante Notopfer. Eine Kundgebung des Gesamtverbandes des Deutschen Beamtenbundes.

Berlin. Der Gesamtverband des Deutschen
Beamtenbundes trat am 3. Juni im Plenarsaal des
Reichswirtschaftsrats zusammen, um sich mit der gesamten poli-
tischen Lage zu beschäftigen; er nahm dazu in einer Kund-
gebung Stellung, in der es u. a. heißt:

„Der Gesamtverband des Deutschen Beamtenbundes hat
Kenntnis genommen vom dem Bericht über ein Ausgaben-
entwässerungsgesetz, das den Rahmen bilden soll für eine Reihe
von Bestimmungen, die eine Verschlechterung der rechtlichen,
sozialen und wirtschaftlichen Stellung der Beamten darstellen.
Er wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen Maßnahmen
der angeführten Art, die weder notwendig noch berechtigt
sind und in der Öffentlichkeit Hoffnungen auf eine Erleich-
erung der Finanzlage des Reiches erwecken, die sich kei-
nfalls erfüllen können. Die sichere Folge solcher Maßnahmen
wäre dagegen

eine alle Schichten der Beamenschaft erfassende Beunruhigung,

verstärkt durch die Tatsache, daß die angekündigten Rechts-
niederungen nur unter Aenderung der Reichsverfassung
möglich sind. Die Beamten finden ein solches Beginnen un-
erträglich und machen mit Ernst auf die darin liegende Ge-
fahr aufmerksam. — Der Gesamtverband verkennt keines-
wegs die schwierige Lage des Reichs und die große Not vieler
Volksgenossen. Er ist darum der Auffassung, daß dieser
außergewöhnlichen Notlage durch

Heranziehung aller Volksschichten nach dem Grade ihrer Leistungsfähigkeit

begegnet werden sollte, wobei unter eine nach sozialen Ge-
richtspunkten bestimmte Grenze nicht heruntergegangen wer-
den dürfte. Er erwartet von Reichstag und Regierung, daß
diesem Standpunkt Rechnung getragen und eine Sonder-
belastung der Beamenschaft abgelehnt wird.“

Einigung über die Deckungs-Vorschläge

Berlin, 4. Juni. Amtlich wird über die Nachsitzung
des Kabinetts, die bis nach 1 Uhr morgens dauerte, folgen-
des mitgeteilt:

Das Reichskabinett wurde sich in Fortsetzung seiner
Beratungen über die Deckungsvorschläge zum Reichshaushalt
einig. Den Ressorts wurde aufgegeben, die detaillierte, ge-
setzgeberische Ausarbeitung der Beschlüsse des Kabinetts für
die abschließende Kabinettsitzung am Donnerstag vorzulegen.

Zur Nachsitzung des Reichskabinetts

Berlin, 4. Juni. Zu der Nachsitzung des Reichs-
kabinetts vermag die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ergän-
zend zu berichten, daß sich das Kabinett zunächst neben an-
deren laufenden Angelegenheiten mit der Vorbereitung der
Befreiungsfeier aus Anlaß der Räumung der besetzten Ge-
biete beschäftigt habe. Die Leitung dieser Feier solle
Reichsminister Guérard übernehmen. — Der „Börse-Cou-
rier“ weist darauf hin, daß ursprünglich Reichspräsident
v. Hindenburg, wie bei besonders wichtigen Anlässen üblich,
den Vorsitz habe führen wollen, daß er aber nach einem
Vortrag des Reichskanzlers Brüning darauf verzichtete.

Vor einem Aufruf Hindenburgs?

Berlin. Die Kabinettsitzung am Dienstag, die zur
vorgesehenen Zeit begann, begegnet nach wie vor dem stärksten
Interesse der gesamten Öffentlichkeit. Bezeichnend für die
Lage ist, daß eine Reihe von Zeitungen Gerüchte über die
voraussichtlichen Ergebnisse der Kabinettsitzung wiedergaben,
noch bevor diese Sitzung abgeschlossen war. So berichtet
die „Voss. Ztg.“, daß es eine offene Frage sei, inwieweit
Moldenhauer, der in der jüngsten Zeit scharfer Kritik auch
von seiten seiner engeren Freunde ausgesetzt gewesen sei, mit
seinen Vorschlägen im Kabinett durchbringen werde. Das